

Bekanntmachung

Die 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Mittwoch, den 10.01.2018 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 05.12.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0073/2017
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund
Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0057/2016
- 4.2 Auswertung: Stralsund grenzenlos? Menschen in Aktion - Aktionwoche vom 04. bis 07.09.2017
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitz

Niederschrift
der 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 05.12.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:20 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn
Herr Harald Ihlo
Frau Maria Quintana Schmidt
Frau Sabine Tiede
Frau Brigitta Tornow

Vertreter

Herr Tino Rietesel	Vertretung für Frau Sabine Ehlert
Frau Petra Voß	Vertretung für Frau Anett Kindler

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Gleichstellungsbeauftragte
Frau Stefanie Schmidt

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 14.11.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0038/2016
- 4.2 Weg am Moorteich sicher beleuchten
Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0086/2015
- 4.3 Arbeitsplan 2018 - Themenvorschläge

- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die stellv. Ausschussvorsitzende Frau Dr. Stahlberg geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Voß beantragt, den Tagesordnungspunkt 4.1 in einer der nächsten Sitzungen zu vertagen. Herr Wilmes hat bereits per Mail alle Fraktionen darüber informiert.

Auf Bitte von Frau Dr. Stahlberg begründet Frau Voß, dass Herr Wilmes mit dem Regionalzentrum Demokratische Kultur Rügen zu dem Thema gesprochen hat. Grundsätzlich ist an dieser Stelle eine Kooperation zwischen dem Regionalzentrum und der Hansestadt Stralsund und eventuell dem Präventionsrat vorstellbar. Es ist bisher aber nicht konkretisiert und deshalb erfolgt demnächst ein weiteres Gespräch. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird bei neuen Erkenntnissen im Ausschuss berichten.

In der Folge verschieben sich die übrigen Tagesordnungspunkte entsprechend. Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt hiervon unberührt.

Die Tagesordnung wird mit der o.g. Änderung bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 14.11.2017

Die Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 14.11.2017 wird bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: AN 0038/2016

Das Thema wurde unter TOP 1 zurückgestellt.

zu 4.2 Weg am Moorteich sicher beleuchten
Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0086/2015

Frau Dr. Stahlberg stellt einen Antrag auf Vertagung des Themas in das nächste Jahr. Am Donnerstag ist die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für die Jahre 2018/19 auf der Tagesordnung der Bürgerschaft und im Rahmen dieser Beratung soll die Finanzierung der Angelegenheit geklärt werden.

Herr Bogusch merkt an, dass unterschiedliche Varianten und auch Kosten präsentiert worden sind. Das Thema ist erneut in den Vordergrund gerückt, da mit der Beleuchtung des Birkenweges der Wunsch nach mehr Sicherheit in diesem Bereich erfüllt würde. An den Kernaussagen zu den finanziellen Kosten hat sich grundlegend nichts geändert.

Frau Dr. Stahlberg äußert, dass der Birkenweg als zentraler Weg zwischen dem Stadtteil Knieper West und der Friedrich-Engels-Straße zur Altstadt genutzt wird. Der Weg ist sehr dunkel und eine Beleuchtung ist wünschenswert, da dort viele Jogger und Spaziergänger unterwegs sind.

Frau Tiede erachtet die Problematik als haushaltsrelevantes Thema und spricht sich auch für eine Vertagung aus.

Frau Dr. Stahlberg bestätigt das haushaltsrelevante Thema und verweist auf den Diskussionsbeginn am Donnerstag in der Bürgerschaft.

Sie stellt den Antrag auf Vertagung des Themas zur Abstimmung.

Abstimmung: mehrheitlich zugestimmt

zu 4.3 Arbeitsplan 2018 - Themenvorschläge

Frau Dr. Stahlberg bittet um Themenvorschläge.

Frau Dr. Carstensen wünscht die Thematisierung der Drogenproblematik. Diese ist, wie auch vom Verein Chamäleon e.V. bestätigt, zunehmend.

Des Weiteren ist das Thema Graffiti zu betrachten. Die Beseitigung nur in der Altstadt wäre zu überdenken.

Frau Friesenhahn stimmt dem nicht zu. In Ausnahmefällen, sofern Geld vorhanden ist, kommt es auch zur Graffitibeseitigung im Umland bzw. in den Vorstädten. Für weitere Informationen verweist sie an Herrn Bischoff.

Frau Dr. Carstensen schlägt als weitere Themen den Bericht über die Polizeistatistik und einen Bericht der Gleichstellungsbeauftragten vor.

Weiter wäre das Thema „Neuerungen im Gefängnis“ aus ihrer Sicht interessant.

Frau Tiede schlägt vor, die Vorsitzende der ehrenamtlich Tätigen bei den Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gGmbH Frau Schwerin, den Förderverein Memo Clinic mit Frau Dunkel, den Traditionsverein Stralsund mit Herrn Hübner und den Schatzmeister des Fördervereins des Seniorenbeirates einzuladen.

Herr Rietesel bringt das Thema „Kinder- und Jugend WG“ ein. Hierzu ist Frau Kuniß einzuladen.

Frau Dr. Carstensen spricht von den in der Zeitung beschriebenen Konflikten in der Auferstehungskirche im Stadtteil Grünhufe. Aufgrund der Aktualität bittet sie um Aufnahme in die Tagesordnung im Januar.

Frau Friesenhahn bittet um Aufnahme des Themas „Öffnungszeiten von Tagesmütter“. Es herrscht hier aus ihrer Sicht eine Willkür von Öffnungszeiten. Die Kinder müssen trotz der Bezahlung bis 17 Uhr früher abgeholt werden. Es betrifft sicher nicht alle Tagesmütter, trotzdem müsse man sich des Themas annehmen.

Frau Friesenhahn kennt die Angst der Mütter. Die sprechen das Problem nicht an, weil sie dann eine ungerechte Behandlung des eigenen Kindes vermuten.

Weiter bittet Frau Friesenhahn über Aufnahme des Themas Volkshochschule.

Hier gibt es verstärkten Nachholbedarf an Haupt- und Realschulabschlüssen. Es werden jedoch weniger Kurse angeboten. Sie fragt sich, wie das in der Hansestadt Stralsund ist und ob ein Kursangebot für Analphabeten existiert.

Herr Ihlo interessiert sich sehr für die Kriminalitäts- und Drogenproblematik.

Frau Friesenhahn fragt nach dem Stand bezüglich des Umbaus der Spielkartenfabrik in eine Moschee.

Die vorgenannten Themen werden auf den Arbeitsplan 2018 gesetzt.

zu 5 Verschiedenes

Frau Dr. Stahlberg dankt den Mitgliedern und der Verwaltung für die Mitarbeit im Jahr 2017.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Beratungsbedarf gibt, entfallen die weiteren Punkte.

gez. Dr. Annelore Stahlberg
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

Titel: Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Federführung:	Amt 20 Kämmereiamt	Datum:	27.11.2017
Bearbeiter:	Steinfurt, Gisela		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	07.12.2017	
Ausschuss für Finanzen und Vergabe	12.12.2017	
Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport	13.12.2017	
Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung	04.01.2018	
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung	10.01.2018	
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben	11.01.2018	

Sachverhalt:

Nach § 45 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Gemäß § 45 Abs. 2 KV M-V kann die Haushaltssatzung Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Haushaltsjahren getrennt, enthalten.

Mit dem Beschluss der Bürgerschaft 2014-VI-06-0128 vom 04.12.2014 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, für die Haushaltsjahre ab 2019/2020 einen Doppelhaushalt zu erstellen.

In der Sitzung der Bürgerschaft am 06.07.2017 ist von Seiten des Oberbürgermeisters mitgeteilt worden, dass die Verwaltung der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund erstmalig einen Doppelhaushalt bereits für die Haushaltsjahre 2018/2019 vorlegen wird.

Der Doppelhaushalt soll der Verwaltung durch das Entfallen des aufwendigen Haushaltsplanaufstellungsverfahrens für das zweite Haushaltsjahr u.a. Zeit verschaffen, die offenen Jahresabschlüsse nach Einführung der Doppik aufzuholen. Die rechtsaufsichtlichen Genehmigungen aktueller und künftiger Haushaltspläne sind abhängig vom Nachweis festgestellter Jahresabschlüsse. Mit einem Doppelhaushalt kann außerdem erreicht werden, dass zu Beginn des 2. Jahres ein beschlossener Haushaltsplan vorliegt und damit eine vorläufige Haushaltsführung vermieden wird. Investitionen können rechtzeitig in Auftrag gegeben und zügig abgearbeitet werden.

Bevor die Bürgerschaft die Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund beschließt, sind die vorliegenden Haushaltsplanentwürfe nach § 36

Abs. 2 KV M-V unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe in den Ausschüssen der Bürgerschaft zu beraten.

Lösungsvorschlag:

Auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres und Europa M-V für die Haushaltsplanung 2018 vom 13.10.2017 wurden die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund erstellt. Der Haushaltsplanentwurf umfasst folgende Bände:

Band I - Vorbericht, Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Stellenplan,

Band II - Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmen,

Band III - Städtebauliche Sondervermögen.

Die Bände I und II werden zur 1. Lesung am 07.12.2017 bereitgestellt. Der Band III wird nachgereicht.

In den darauffolgenden Wochen sollen in den Fraktionen und Ausschüssen der Bürgerschaft intensive und konstruktive Abstimmungen und Diskussionen geführt werden, so dass die Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 am 18.01.2018 durch die Bürgerschaft beschlossen werden können.

Alternativen:

Keine sinnvolle

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Finanzierung:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen werden in den Haushaltssatzungen und Haushaltsplänen 2018/2019 festgesetzt.

-

Termine/ Zuständigkeiten:

Sofort/ Kämmeriamt

Anlage 1 Band I

Anlage 2 Band II

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow

TOP Ö 3.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 12.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Beschluss-Nr.: 2017-VI-09-0721

Datum: 07.12.2017

Im Auftrag

Kuhn

TOP Ö 3.1

Auszug aus der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport am 13.12.2017

Zu TOP : 3.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Frau Steinfurt informiert, dass die Bürgerschaft im Jahr 2014 den Beschluss fasste, ab dem Haushaltsjahr 2019/20 einen Doppelhaushalt vorzulegen. Dieser Beschluss wurde nun vorzeitig erfüllt, da im Jahr 2019 die Kommunalwahl ansteht und man somit die neue Bürgerschaft nicht mit dem ersten Haushalt schon gebunden hat.

Weiter werden in der Verwaltung Kapazitäten frei, da ein 2. Haushaltsaufstellungsverfahren entfällt. Mit den frei werdenden Kapazitäten kann die Nachholung der Jahresabschlüsse begonnen werden.

Sie macht weiter deutlich, dass im zweiten Haushaltsjahr die vorläufige Haushaltsführung entfällt.

Zum vorliegenden Stellenplan erläutert sie, dass hier die Strukturänderungen der Verwaltung eingearbeitet wurden.

Weiter stellt Frau Steinfurt klar, dass bisher die Bände 1 und 2 vorliegen. Am Band 3 „Städtebauliches Sondervermögen“ wird derzeit noch gearbeitet.

Obwohl das neue Finanzausgleichsgesetz noch nicht beschlossen wurde, sind mit Hilfe des Orientierungserlasses des Innenministeriums alle notwendigen vorläufigen Zahlen zu Grunde gelegt worden.

Die Schlüsselzuweisungen steigen in den nächsten Jahren, dafür steigt jedoch auch die Kreisumlage, die die Hansestadt Stralsund zu begleichen hat.

Frau Steinfurt informiert, dass 2020 das Solidarpaket vom Bund ausläuft. Es werden jedoch weitere Zuweisungen vom Bund erfolgen.

Sie merkt an, dass es derzeit vielfältige Fördertöpfe gibt, die teilweise sehr unübersichtlich sind und es für jeden Einzelnen verschiedene Antragswege gibt. Dies soll in den kommenden Jahren vereinfacht werden. In diesem Bezug macht sie auf den Unterhaltungsrückstau aufmerksam, der nur durch verschiedene Förderungen aufgeholt werden kann.

Zum Ergebnishaushalt stellt sie klar, dass dieser ausgeglichen sein wird.

Der Saldo des Finanzhaushaltes wird positiv sein, aber es gilt die Tilgung zu beachten, die Fehlbeträge von 1,8 Mio. € im Jahr 2018 sowie 1,7 Mio. € im Jahr 2019 verursachen.

Die mit dem Land geschlossene Konsolidierungsvereinbarung läuft im Jahr 2017 aus. Die in Aussicht gestellten Finanzzuweisungen in Höhe von 10 Mio. € bei Erreichen des Konsolidierungszieles werden erst vollständig ausgereicht, wenn die fehlenden Jahresabschlüsse vorliegen.

Es wird versucht, in den nächsten Jahren einen Haushaltsausgleich zu schaffen, auch wenn er in der Planung 2018 noch nicht vorgelegt werden konnte.

Das Investitionsvolumen beträgt ohne städtebauliches Sondervermögen im Jahr 2018 26,5 Mio. € und im Jahr 2019 19,7 Mio. €. Mit dem dazugerechneten städtebaulichen Sondervermögen sind es dann 33,0 Mio. € in 2018 und 26,4 Mio. € in 2019.

Alle Investitionen werden weiter ohne Kreditneuaufnahmen aber mit großzügigen Förderungen möglich sein. Weiter wurde vom Innenministerium eine Sonderbedarfszuweisung in Höhe von 2,5 Mio. € zugesagt.

Die Verschuldung wird weiter abgebaut. Im Jahr 2008 lag diese bei 119,7 Mio. €. Im Jahr 2019 werden diese bei 80,5 Mio. € aus Investitionsvolumen liegen.

Frau Steinfurt informiert über die Investitionen zur Sanierung der Ferdinand-von-Schill-Schule. Diese wird aus Städtebaufördermittel und Eigenmittel finanziert. Weitere Projekte sind die Orgel in der Kulturkirche, die Schaffung der Barrierefreiheit im Stralsund Museum, der Freizeitbereich an der Sundpromenade, der Beginn des Baus des Stadion Kupfermühle, die Sanierung der Futterküche und der Umbau des Südamerikahauses im Zoo Stralsund und der Erneuerung des Schulgebäudes, der Sporthalle und der Außenanlagen der Grundschule Juri-Gagarin.

Frau Steinfurt informiert, dass im Haushaltsjahr 2017 die Einnahmen aus Steuern erstmals über dem Planansatz liegen. Daher sind die Ansätze für die kommenden Jahre auch erhöht worden.

Zur Kulturabgabe teilt Frau Steinfurt mit, dass diese nunmehr im Bereich Steuern eingeordnet wurde. Der Planansatz ist bei 550T € angesetzt.

Die freiwilligen Ausgaben sind weiter auf dem Niveau der Vorjahre eingeplant worden. Darin enthalten sind Zuschüsse an Kultureinrichtungen, sowie Zuschüsse im sozialen Bereich. Auch die Zuschüsse an das Theater steigen weiter an. Neu geplant ist ein Zuschuss an die Kulturkirche St. Jacobi in Höhe von 20T €.

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. In der Planung sind die Erhöhungen berücksichtigt worden. Weiter stellt sie klar, dass der große Sanierungsstau weiter aufgeholt werden muss. Daher sind hier für verschiedene Projekte an der Marie-Curie-Schule, an der Adolf-Diesterweg-Schule, der Kita Lütt Matten, dem Theater, dem Marinemuseum und den Sporthallen Sporthalle Rosa-Luxemburg und Brunnenau Gelder in den Haushalt eingestellt worden. Weiter muss ein Austausch von Rauchmeldern in verschiedenen Verwaltungsgebäuden erfolgen.

Frau Steinfurt geht weiter auf die Anpassungen bei Gebührenentgelten ein. Im Stralsund Museum sind die Entgelte gesenkt worden, da dort weiter saniert wird und somit für den Besucher nicht immer die ganze Ausstellung zur Verfügung steht. Im Zoo sind die Einnahmen gestiegen, daher konnten dies in den Planungen für die nächsten Jahre ebenso berücksichtigt werden. Bei der Musikschule wurde die Planung reduziert, da es auch weiterhin keine geänderte Gebührenordnung gibt.

Im Stellenplan waren im Jahr 2017 608 Planstellen ausgewiesen. Im Plan 2018 werden es 603 Planstellen sein.

Die Schwerpunkte für die nächsten Jahre sind die Erstellung der Jahresabschlüsse ab dem Jahr 2011. Der erste fertige Jahresabschluss soll Anfang 2018 dem Rechnungsprüfungsausschuss übergeben werden.

Frau Bartel erfragt, ob es im Haushalt Veränderungen von Stellenbesetzungen gibt, die den Ausschuss betreffen.

Dazu führt Frau Wolle aus, dass in der neuen Abteilung Kultur und Öffentlichkeitsarbeit die Stellen Kulturmanagement und Social-Media- und Online-Redaktion geschaffen wurden. Bei der zweiten Stelle handelt es sich nur um eine Umwidmung.

Die Besetzung einer Stelle im Marinemuseum erfolgte schon in diesem Jahr.

Frau Steinfurt ergänzt, dass in der Verwaltungsbibliothek eine Stelle entfallen ist.

Auf Nachfrage von Frau Fechner verdeutlicht Frau Steinfurt, dass es sich im Marinemuseum um eine neue Stelle handelt. Weiter werden dort im kommenden Jahr Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt.

Herr Pagels präzisiert, dass im Haus 12 eine Komplettsanierung des Daches für 20T € geplant ist. Weiter werden kleinere Maßnahmen, wie die Erneuerung des Zaunes und die Verbesserung der technischen Überwachung durchgeführt. Die Gesamtkosten werden sich auf insgesamt 40T€ unter Vorgabe der Denkmalpflege belaufen.

Frau Wolle ergänzt, dass die Stelle im Marinemuseum die Besucherbetreuung umfasst.

Herr Philippen ist der Meinung, dass nicht mehr Förderung vom Land in den kommenden Jahren zu erwarten ist. Trotzdem sieht die Haushaltsplanung positiv aus.

Er fragt, welche Meinung die Hansestadt zu den städtischen Gesellschaften und deren Gewinnanteile hat.

Dazu führt Frau Steinfurt aus, dass die Gewinnanteile in den nächsten Jahren in der Planung reduziert wurden. Die Gewinnanteile der SWG wurden jedoch erhöht.

Im investiven Bereich wurde viel mit Fördermitteln geplant, die natürlich unsicher sind.

Herr Philippen erfragt, wie es sich mit dem Investitionsstau verhält und ob die Planungen realistisch angesetzt sind. Er verweist auf die gestiegenen Baupreise.

Dazu verdeutlicht Herr Tuttlies, dass alle Planansätze auch notwendig sind und die Maßnahmen zwingend durchgeführt werden müssen.

Herr Tuttlies fasst zusammen, dass alle Verwaltungsgebäude in saniertem Zustand sind. Für das Gebäude Heilgeiststraße ist die Erneuerung der Fenster eingeplant.

Bei den Grundschulen muss die Schule in Andershof mit laufenden Unterhaltungen verbessert werden.

Bei den Kultureinrichtungen bleibt der 2. Abschnitt im Stralsund Museum und das Johanniskloster, welche noch saniert werden müssen.

Dafür liegen Konzepte vor.

Bei den Sozialeinrichtungen handelt es sich um Kindergärten und Horte, die teilweise saniert werden müssen. Dafür gibt es Überlegungen, wann welche Gebäude geplant werden, um letztlich bei der laufenden Unterhaltung anzukommen.

An Masse liegt der größte Sanierungsstau bei den Sportstätten. Der Planansatz im Jahr 2018 ist hier auf dem Niveau von 2017 geblieben.

Herr Philippen erfragt, ob der Stellenplan ausreichend für die Bereiche Amt 20, 40 und 70 ist.

Frau Steinfurt verdeutlicht, dass es derzeit schwierig ist, geeignetes Personal zu finden.

Durch die jahrelange Belastung ist die Fluktuation sehr hoch.

Bei internen Ausschreibungen nimmt ein Amt dem anderen das Personal weg.

Für die Neueinführung der Umsatzsteuer müssen neue Planstellen geschaffen werden.

Hierfür wird spezielles Personal benötigt.

Herr Tuttlies teilt für seinen Bereich mit, dass es keine „KW“-Vermerke und keine neuen Stellen geben wird. Weiter erfolgt eine Aufgabenverdichtung in vielen Bereichen.

Auf die Nachfrage von Frau Dibbern erläutert Frau Steinfurt, dass die Konsolidierungsvereinbarung im Jahr 2014 in Höhe von 10,5 Mio. € geschlossen wurde. Es war festgehalten, dass im Zeitraum 2014 bis 2017 verschiedene Teilziele zu erreichen sind, um die Auszahlung zu erhalten.

Da das Ziel der abgeschlossenen Jahresabschlüsse nicht vorliegt, werden die Gelder vorerst nicht ausgereicht.

Frau Wolle ergänzt, dass das Personal die Öffnungszeiten abdeckt. Der Aufsichtsdienst in den Museen erfolgt über externe MAE-Maßnahmen und Bufdi-Stellen. Planstellen werden

bei aktuellen Bedarfen beantragt. Auch im diesem Bereich wird eine Aufgabenverdichtung vorgenommen.

Herr Hofmann stellt den Antrag, die Vorlage bis zur Sitzung am 16.01.2018 zu vertagen.

Er lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Die Vorlage wird in der Sitzung am 16.01.2018 erneut beraten.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 20.12.2017

TOP Ö 3.1

Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung der Bürgerschaft am 07.12.2017

Zu TOP : 12.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Herr Meier dankt der Verwaltung, dass der Doppelhaushalt 2018/2019 zur ersten Lesung vorliegt. Er bittet der Verweisung in die Ausschüsse zuzustimmen.

Herr Paul lässt über die Verweisung der Vorlage B 0073/2017 in die Ausschüsse zur Beratung wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-09-0721

für die Richtigkeit der Angaben: gez. Kuhn

Stralsund, 15.12.2017

TOP Ö 3.1

Auszug aus der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 12.12.2017

Zu TOP : 3.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Herr Meier schlägt vor, die einzelnen Teilhaushalte auf die Mitglieder aufzuteilen.

Eine abschließende Beratung sollte dann in der Sitzung im Januar erfolgen.

Herr Kinder erfragt, ob es zukünftig immer einen Doppelhaushalt geben wird, da der Grund der Aufarbeitung der fehlenden Jahresabschlüsse irgendwann entfällt. Weiter fragt er nach möglichen Nachteilen für diese Vorgehensweise.

Dazu informiert Frau Steinfurt, dass es zukünftig weiter sinnvoll wäre, dieses Verfahren beizubehalten. Es setzt auf breiter Ebene Kapazitäten frei. Wie der Ausgang des ersten Doppelhaushaltes ist, lässt sich nicht vorhersagen. Bei unvorhergesehenen Dingen müsste ein Nachtragshaushalt erarbeitet und beschlossen werden.

Herr Meier ergänzt, dass jedes Jahr zum Jahresende für die Verwaltung und auch für die Mandatsträger der große Aufwand um den Haushalt entsteht. Dieses würde im zweiten Jahr entfallen. Weiter hätten die Mandatsträger in zwei Jahren mehr Zeit, sich intensiver mit dem sehr umfangreichen Haushalt auseinander zu setzen.

Für das künftige Haushaltsjahr 2019 hat die Bürgerschaft jetzt auch die Möglichkeit genauer hinzuschauen und im Zweifel gegenzusteuern.

Frau Steinfurt ergänzt, dass die Bürgerschaft im Jahr 2014 den Beschluss gefasst hat, ab dem Haushaltsjahr 2019/2020 einen Doppelhaushalt aufzustellen. Dieser Beschluss wird nun vorzeitig umgesetzt. Weiter macht sie deutlich, dass viele andere Städte im Land und auch das Land Mecklenburg-Vorpommern einen Doppelhaushalt aufgestellt und beschlossen haben.

Abschließend weist sie darauf hin, dass für das 2. Haushaltsjahr die vorläufige Haushaltsführung entfallen würde.

Herr R. Kuhn informiert, dass am 11.12.2017 der Landkreis Vorpommern-Rügen seinen Haushaltsplan verabschiedet hat. Da die Höhe der Kreisumlage gesenkt wurde, möchte er wissen, ob sich dies positiv auf die Kreisumlage der Hansestadt Stralsund auswirkt.

Frau Steinfurt erläutert, dass die Kreisumlage nicht weniger werden muss, wenn der Umlagesatz gesenkt wird. Die Basis der Berechnungen sind die Umlagegrundlagen. Durch eine gehobene Steuerkraft erhöht sich die Steuerkraftmesszahl. Weiter verändert sich mit dem Entwurf des neuen Finanzausgleichsgesetzes die Berechnung der Umlagegrundlagen. Daraus entstehen höhere Schlüsselzuweisungen und eine Erhöhung der Umlagegrundlagen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Kreisumlage in den nächsten Jahren um 1 Mio. von 2017 zu 2018 und um 2,4 Mio. zu 2019.

Auf die Nachfrage von Herrn Kinder erläutert Frau Steinfurt, dass die Nachteile in unvorhersehbaren Dingen wie Naturkatastrophen oder nicht planbaren Dingen liegen könnten. Durch festgesetzte Wertgrenzen ist vorgeschrieben, ob ein Nachtrag zu erarbeiten ist.

Herr van Slooten merkt an, dass ein Doppelhaushalt innerhalb einer Legislaturperiode liegen sollte.

Weiter verdeutlicht er, dass durch die Bürgerschaft jederzeit eingegriffen werden kann, sobald sich eine Handlungsnotwendigkeit ergibt.

Die Mitglieder einigen sich auf die nachstehende Aufteilung:

Teilhaushalt 01 Verwaltungssteuerung	-	Herr Meier
Teilhaushalt 02 Hauptamt	-	Herr Meier
Teilhaushalt 03 IT-Abteilung	-	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 06 Wirtschaftsförderung	-	Herr Schlimper
Teilhaushalt 07 Soziale Hilfen	-	Herr van Slooten
Teilhaushalt 08 Kinder-und Jugendförderung	-	Herr Hölbing
Teilhaushalt 09 Kulturelle Einrichtungen	-	Herr Hölbing
Teilhaushalt 10 Schulverwaltung und Sport	-	Herr Kuhn
Teilhaushalt 11 Liegenschaften	-	Herr Pieper
Teilhaushalt 12 Kämmereiamt	-	Herr Pieper
Teilhaushalt 13 Ordnungsamt	-	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	-	Herr Kinder
Teilhaushalt 15 Straßen- und Stadtgrün	-	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 16 Zentrales Gebäudemanagement	-	Frau Lewing
Teilhaushalt 90 Zentrale Finanzdienstleistungen	-	Herr Schlimper
Stellenplan	-	Herr Meier

Frau Steinfurt bittet um rechtzeitige Zuarbeit von Fragen an das Kämmereiamt. Von da erfolgt die Verteilung innerhalb der Verwaltung.

Die Mitglieder einigen sich einstimmig auf die Vertagung der Vorlage bis zur nächsten Sitzung am 09.01.2018.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 14.12.2017

Titel: Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund
Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 31.05.2016
Einreicher: Schwarz, Maximilian	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Stralsund ein mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund erstellt werden kann.

Begründung:

Ähnlich dem von der Fachhochschule entwickelten Multimedia-Guide kann ein touristisches Informationssystem für Smartphones aufgebaut werden, das Informationen über historische Gebäude, das Freibad, Kino, Museen und sonstige Einrichtungen bietet. Mittels an den Gebäuden angebrachten QR-Codes kann auf mobile Internetseiten verwiesen werden, auf denen die Informationen dargestellt sind. Bei der Prüfung ist die Vereinbarkeit mit dem Denkmalschutz zu berücksichtigen.

Maximilian Schwarz
CDU/FDP-Fraktion

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.11

Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund

Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0057/2016

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Stralsund ein mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund erstellt werden kann.

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0403

Datum: 09.06.2016

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2016

Zu TOP : 9.11

Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund

Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0057/2016

Herr Schwarz begründet den Antrag ausführlich.

Herr Haack beantragt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen, um diese Problematik gemeinsam mit der Problematik Park-App behandeln zu können.

Herr Schulz stellt den Antrag auf Verweisung der Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Stralsund ein mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund erstellt werden kann.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0403

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 21.06.2016

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 06.12.2016

Zu TOP : 4.1

Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund

Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0057/2016

Frau Ehlert bedankt sich für die Anwesenheit und übergibt das Wort an Herrn Kretzschmar.

Herr Kretzschmar hat ein Handout für die Mitglieder des Ausschusses vorbereitet. Das Ziel des mobilen touristischen Informationssystems ist es, die Touristen über die Sehenswürdigkeiten an Gebäuden zu informieren, die für den Tourismus attraktiv sind. Er ist der Überzeugung, dass eine Umsetzung denkbar ist. Zwei touristische Ausschilderungen, Route der Backsteingotik und Schwedische Spuren, sind bereits vorhanden. Einen Vorteil bringen diese Systeme dahingehend, dass bereits in anderen Hansestädten ähnliche Formate erkennbar sind. Daran lässt sich eine gewisse Einheitlichkeit in der Ausschilderung erkennen. Herr Kretzschmar erläutert die Funktionsweise von QR-Codes. Er hinterfragt das Angebot der QR-Codes dahingehend, ob sie darüber hinaus Informationen liefern oder ob die ausgestellten Texte als Audio präsentiert werden sollen. Schwierigkeiten sieht er bei der Finanzierung, da gleiche Leistungen zum Beispiel durch Stadtführungen oder Audio-Guide entgeltlich angeboten werden. Sicherlich ergeben sich daraus auch Vorteile für die Tourismuszentrale, da ein umfangreicher Service angeboten werden kann, nur geraten dadurch andere Leistungen zunehmend unter Druck. Die Möglichkeit, das Projekt in Kooperation mit der Fachhochschule Stralsund zu verwirklichen, besteht. Dies ist bereits in einem früheren Projekt geglückt, aber unter anderen Voraussetzungen. Eine Finanzierung durch Werbung auf der Internetseite wäre theoretisch möglich, aber praktisch nicht umsetzbar.

Frau Tiede hinterfragt die Finanzierung über kostenpflichtige Apps.

Herr Kretzschmar bestätigt die Möglichkeit der kostenpflichtigen Apps, bezweifelt aber die Akzeptanz der Touristen, da viele Informationen kostenlos durch beispielsweise Wikipedia zur Verfügung gestellt werden. Er befürchtet nicht, dass durch QR-Codes die Nachfrage nach Stadtführungen sinkt.

Frau Dr. Carstensen schlägt vor, einen elektronischen Veranstaltungskalender in die App miteinzubauen.

Frau Friesenhahn hinterfragt die Finanzierung über die Kurtaxe und die generelle Tendenz der Tourismuszentrale.

Herr Kretzschmar hält eine Refinanzierung durch die Kurtaxe für möglich. Außerdem schlägt er vor, über die QR-Codes weiterführende Informationen an die Touristen zu vermitteln.

Herr Ihlo befürwortet die Beschilderung. Er gibt allerdings zu bedenken, dass zwei Stralsundapps vorhanden sind, auf denen ausführliche Information über die Hansestadt präsentiert werden. Außerdem thematisiert er die Problematik des kostenlosen, für alle Besucher zugänglichen WLAN und kommt zu dem Ergebnis, dass das mobile touristische

Informationssystem ein Projekt der Zukunft ist und die Realisierung noch viel Beratungszeit benötigt.

Frau Ehlert zieht ein Fazit und schlägt vor, dem Prüfauftrag unter dem Gesichtspunkt, dass schon zwei Stralsundapps vorhanden sind, keine Zustimmung zugeben.

Frau Dr. Carstensen regt an, den Einreicher Herrn Schwarz zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um ihm die Möglichkeit zu geben, seinen Vorschlag zu konkretisieren.

Frau Ehlert befürwortet den Vorschlag.

Sie lässt über den Vorschlag von Frau Dr. Carstensen abstimmen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 03.01.2017